

Viktoriastraße:

Zepter des Handelns gehört der Stadt

Die Debatte über die Entwicklung eines Einzelhandels- und Dienstleistungsquartiers an der Viktoriastraße bestimmt seit Monaten die politische Debatte in Bochum mit. Die Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet hat sich – im Schulterschluss mit dem Einzelhandelsverband – in zahlreichen Gesprächsrunden mit den Fraktionen des Bochumer Rates und der Stadtverwaltung eindeutig positioniert: für einen fairen, transparenten Wettbewerb, an dessen Ende der beste städtebauliche Entwurf den Zuschlag für die Entwicklung des „Justizareals“, des „Telekomblocks“ und des Husemannplatzes erhalten sollte. Die Kernbotschaft lautet: Die Entwicklung entlang der Viktoriastraße muss der Weiterentwicklung der gesamten Bochumer City dienen – und darf auf keinen Fall den Charakter einer introvertierten Insellösung erhalten.

Die Vollversammlung der IHK Mittleres Ruhrgebiet hat am Donnerstag einstimmig die anhängende Resolution beschlossen, in der an die Stadt Bochum appelliert wird, das „Justizareal“ in enger Abstimmung mit der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg vom Land zu erwerben, um sich im weiteren Prozess – dem angestrebten Bieterverfahren – das Heft des Handelns nicht aus den Händen nehmen zu lassen.

Wir übermitteln Ihnen diese Resolution zur freundlichen Kenntnisnahme.

Jörg A. Linden
(Pressesprecher)

Presse-Information

74/2011

21. Oktober 2011

Resolution der IHK-Vollversammlung

Die Planung und Errichtung eines Einzelhandels- und Dienstleistungsquartiers an der Viktoriastraße markiert den wichtigsten Baustein der Bochumer City-Entwicklung der nächsten Jahrzehnte. In Verantwortung für die Interessen des Einzelhandels in der gesamten Bochumer Innenstadt ist es daher unverzichtbar, dass zu jedem Zeitpunkt des weiteren Verfahrens die Planungs- und Entscheidungshoheit in den Händen der Stadt Bochum liegt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht jedoch die Gefahr, dass nicht die politischen Entscheidungsträger der Stadt, sondern die Verantwortlichen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) NRW – als Eigentümer des sogenannten Justiz-Areals – über die Zukunft der Bochumer City entscheiden. Und dies allein aus finanziellen Erwägungen.

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet hält es deshalb für dringend geboten, dass die Stadt Bochum – im Einvernehmen mit der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg – das Justiz-Areal vom BLB erwirbt, um das Zepter des Handelns in Händen zu halten. Die Entscheidung am Ende des von der Stadt geplanten Bieterverfahrens für einen Investor darf aus Sicht der IHK Mittleres Ruhrgebiet nur nach stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten gefällt werden. Nicht jener Investor darf den Zuschlag für die Entwicklung des Einzelhandels- und Dienstleistungsquartiers Viktoriastraße erhalten, der den höchsten Preis für ein Grundstück bietet – sondern nur jener Investor, dessen Entwurf die Zukunftsfähigkeit der gesamten Bochumer City befördert.